

BERICHTSVORLAGE DER VERWALTUNG NR.: 009/2022

Bezeichnung des Tagesordnungspunkts		
Personalsituation im wirtschaftlichen Bereich der Abteilung Soziales im Fachbereich 4 (Jugend, Schule und Soziales)		
Datum 05.01.22	Geschäftszeichen	Beigef. Anlagen im einzelnen (mit Seitenzahl)
Federführender Fachbereich: Fachbereich 4 - Jugend, Schule & Soziales		Beteiligte Fachbereiche:
Beratungsgremien	Beratungstermine	Zuständigkeit
Sozialausschuss	26.01.2022	zur Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage 009/2022 zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Das Personal des Bereiches wirtschaftliche Hilfen in der Abteilung Soziales im Fachbereich Jugend, Schule und Soziales ist schwerpunktmäßig für folgende Aufgaben zuständig:

- Leistungsgewährung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe – (u.a. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Hilfe zur Gesundheit, Hilfe zur Pflege beim Pflegegrad 0, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten)
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Geltendmachung und Verfolgung von Erstattungsansprüchen
- Bearbeitung von Widersprüchen und ggfs. Klagevertretung vor Gericht
- Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT)

Für diese Tätigkeiten sind insgesamt 6 Vollzeitstellen (5 xVZ und 2x0,5 Stellen) vorgesehen, von denen seit mehr als einem Jahr eine Vollzeitstelle für den Aufgabenbereich Asyl/BuT unbesetzt und seit Mitte September 2021 eine 0,5 Stelle im Bereich SGB XII krankheitsbedingt nicht besetzt sind. Ab Mitte Februar 2022 wird eine weitere Vollzeitstelle aufgrund des Renteneintritts eines Kollegen vakant. Trotz Dauerausschreibung der Stelle(n) für diesen Bereich konnte eine Besetzung bisher nicht erfolgen, da die Bewerber*innen nicht die erforderlichen Anforderungen an den Arbeitsplatz erfüllten.

Bereits in den vergangenen Jahren gestaltete sich die Wiederbesetzung von freien Stellen in im Bereich der wirtschaftlichen Hilfen als äußerst schwierig, so dass die dort tätigen Mitarbeiter*innen immer wieder mit Mehrarbeiten belastet wurden und werden.

Sollte die derzeitige Unterbesetzung anhalten bzw. sich noch verschärfen, wird die erforderliche Qualität der Sachbearbeitung leiden, es zu wesentlich längeren



Bearbeitungszeiten und somit zu Beschwerden aus dem Bereich der Leistungsempfänger kommen.

Der Bürgermeister
i.V.
gez.
Schweinsberg